

Herrn Präsident
Honorarkonsul Ing. Peter Nemeth
Wirtschaftskammer Burgenland
Robert Graf-Platz 1
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 24.04.2019

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Burgenland am 16.05.2019

Der höchste Mindestlohn in Europa - Keine künstliche Erhöhung der Mindestlöhne von Landesbediensteten

Im Burgenland läuft derzeit eine ausschließlich künstlich initiierte Diskussion um die Einführung eines monatlichen Mindestlohnes in Höhe von 1.700 EUR netto für Bedienstete des Landes (z. B. handwerklicher Dienst) und der landeseigenen bzw. landesnahen Betriebe.

Den Mindestlohn in einer derartigen Höhe festzusetzen, mag zwar auf den ersten Blick sehr attraktiv erscheinen, bringt aber für das Land und den Standort Burgenland enorme Probleme mit sich.

Weder das Land selbst, noch die landeseigenen und landesnahen Betriebe verfügen über einen finanziellen Spielraum zur Bezahlung des höchsten Mindestlohnes in Europa.

Der Standort Burgenland und die lokale Wirtschaft wären vom höchsten Mindestlohn in Europa besonders betroffen, insbesondere dann, wenn ein Netto-Mindestlohn in Höhe von 1.700 EUR als eventuelles Muss-Kriterium bei öffentlichen Ausschreibungen zur Anwendung kommt. Dieses Kriterium trifft in erster Linie kleine und mittlere Unternehmen sehr stark und widerspricht den Bemühungen, die lokal ansässigen Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen stärker zu berücksichtigen.

Ein Mindestlohn in der beabsichtigten Höhe von 1.700,- EUR netto führt unweigerlich auch zu einer Neiddebatte und zu einem noch stärkeren Gedränge um Arbeitsplätze im Einflussbereich des Landes Burgenland.

Ein Mindestlohn in der angedachten Höhe führt dazu, dass Unternehmen außerhalb der Landessphäre ihre effektiv gezahlten Mindestlöhne an die Mindestlöhne des Landes anpassen müssten. Dieser Anpassungszwang führt jedoch sehr rasch zu einem Wegfall von Arbeitsplätzen in den mit landesnahen und landeseigenen Betrieben vergleichbaren privaten Betrieben. Unternehmen die im Wettbewerb stehen, erhöhen ihre Produktivität bzw. beschäftigungsintensive Betriebe wählen ihren Standort außerhalb des Burgenlandes.

Daher stellt die Freiheitliche Wirtschaft Burgenland folgenden

ANTRAG:

Die Wirtschaftskammer Burgenland möge beschließen, sich bei der burgenländischen Landesregierung dafür einzusetzen, die Vergütung von Landesbediensteten und in den landeseigenen bzw. landesnahen Betrieben so zu gestalten, dass übermäßige Belastungen für den Landeshaushalt, die Finanzlage der landeseigenen bzw. landesnahen Betrieben und Nachteile für den Standort Burgenland vermieden werden.

mehrheitlich mit 4 Enthaltungen

